

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 8.86846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zum fünften deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Kolloquium: Die Streitkultur funktioniert.

Seite 1

Herbert Bermeitinger zu den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz: SPD erstmals die stärkste Kraft in Städten und Kreistagen.

Seite 3

Rudolf Müller MdB zu den Folgen des EG-Flächenstilllegungsprogramms für deutsche Landwirte: Viele Bauern sehen keine Zukunft mehr.

Seite 4

### Rezension:

Dr. Karsten Schröder stellt das Buch „Repräsentanten der Republik. Die deutschen Bundespräsidenten, in Reden und Zeitbildern“ vor.

Seite 5

44. Jahrgang / 118

23. Juni 1989

### Die Streitkultur funktioniert

Zum fünften deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Kolloquium

Von Dr. Wilhelm Bruns

Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Auch das jüngste Treffen, das fünfte seiner Art, von Wissenschaftlern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bestätigte das große Konsenspotential in Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik, sowohl prinzipiell wie operativ. Dabei wurde auch die besondere Verantwortung der beiden deutschen Staaten beim Gestaltungsprozeß europäischer Sicherheit herausgestellt.

Das diesjährige Leitthema lautete: „Bemühungen um eine vertrauensschaffende Sicherheitsstruktur in Europa und die Beiträge der beiden deutschen Staaten“. Einer der Höhepunkte war die Diskussion eines ausformulierten Vorschlags für die Neuordnung der Struktur der Landstreitkräfte mit Einrichtung „Grenznaher Sicherheitsbereiche“ in der Zentralregion Europa. Da auf beiden Seiten militärischer Sachverstand in Person von Obersten der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr vorhanden war, konnte in einem ersten Durchgang geklärt werden, was Konsens ist und welche Elemente sich verändern müssen, damit Einverständnis in den Bündnissen erzielt werden kann.

Beide Seiten sahen im übrigen gute Chancen, baldmöglichst ein erstes Abkommen bei den Verhandlungen über konventionelle Abrüstung zu erreichen wie zur Verständigung über neue vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu kommen. So viel Konvergenz in den Auffassungen beider Bündnisse zu Beginn der Verhandlungen in Wien hat es bei vergleichbaren Konferenzen bislang nicht gegeben!

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany  
mit vermehrter Rohstoffeffizienz  
Recycling-Papier



Dies wird darauf zurückgeführt, daß beide Seiten einen Verhandlungserfolg wollen, wengleich hinzugefügt werden müßte, daß ohne den vielzitierten Gorbatschow-Faktor eine so günstige Ost-West-Konstellation nicht denkbar ist.

## II.

Wenn Wissenschaftler aus beiden deutschen Staaten in diesen Tagen zusammenkommen, gibt es natürlich nicht nur Übereinstimmung. Aber selbst da, wo es Unterschiede und Gegensätze gibt, gab es einen fruchtbaren Gedankenaustausch. Damit wurde ein weiteres Mal demonstriert, daß das sogenannte Streitkulturpapier von SPD und SED konkret und für beide Seiten fruchtbar angewendet wird. So galt beispielsweise für beide Seiten die Festlegung: „Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen im anderen System sollte auf nachprüfbaren Tatsachen beruhen. Sie sollte auch getragen sein von dem Versuch, sich zunächst in die Logik der anderen Seite hineinzudenken, freilich nicht um deren Absichten stets gutzuheißen, sondern um die Zusammenhänge ihres Handelns zu verstehen.“ In diesem Sinne wurde engagiert diskutiert und disputiert. Das Ergebnis war eine Reihe von interessanten Informationen und gegenseitig befruchtenden Erkenntnissen.

## III.

Abstrakt einig waren sich beide Seiten, daß der Entspannungsprozeß kein auf die diplomatische Ebene beschränkter Vorgang ist, sondern innenpolitische Voraussetzungen und Folgen hat. Doch was dies konkret für die einzelnen Staaten bedeutet, darüber gab es keine Einigung. Die DDR-Wissenschaftler haben durchaus eindrucksvoll die Bedingungen und Bedingtheiten ihrer Art von Reformpolitik erläutert. Ihnen ist völlig bewußt, daß sie es bei der Reform in den Farben der DDR mit drei „Strömungen“ zu tun haben: Mit dem östlichen Vorbild (beziehungsweise Vorbildern), mit den Wünschen ihrer eigenen Bevölkerung, wie mit westlichen Erwartungen. Hinzu kommt ein systemübergreifender Problemdruck, der sich aus den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung ergibt. Es wurde erläutert, wie sich die DDR auf die 90er Jahre vorbereitet und dabei ihre Variante des Sozialismus weiterzuentwickeln gedenkt.

## IV.

Dabei ging es auch um das Erfordernis der Friedensfähigkeit von Staaten und Systemen als notwendige Voraussetzung für die Herausbildung einer Europäischen Friedensordnung (beziehungsweise eines Gemeinsamen Europäischen Hauses). Über Kriterien der Friedensfähigkeit der Systeme wird beim nächsten deutsch-deutschen Treffen diskutiert, das Mitte des kommenden Jahres in Ost-Berlin stattfinden soll.

(-/23.6.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**SPD erstmals stärkste Kommunalpartei in Rheinland-Pfalz**

Die CDU ist auch in den Landkreisen schwächer als die Sozialdemokraten

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher des Landesvorstands und der Landtagsfraktion der SPD in Rheinland-Pfalz

Das seit Donnerstag vorliegende Landesergebnis aus den zwölf kreisfreien Städten und den 24 Kreistagen in Rheinland-Pfalz hat ein auch im Ausmaß unerwartetes Resultat: Die Sozialdemokraten sind erstmals in der Geschichte des Landes stärkste kommunalpolitische Kraft geworden und haben damit ihr erklärtes Wahlziel erreicht. Die CDU hat mit ihrem Absinken auf nur noch 37,6 Prozent ihr schlechtestes Resultat eingefahren.

Von großer politischer Tragweite ist für die SPD, daß sie die durch die „Grünen“ entstandenen Einbrüche in die sozialdemokratische Wählerschaft 1989 - trotz des guten Abschneidens der Öko-Partei - nicht nur ausgeglichen, sondern noch überholt hat: 1979 erreichte die SPD - ohne „grüne Kandidaturen“ - 42,2 Prozent der Stimmen, vor fünf Jahren gab es wegen des Antretens der Grünen einen Rückgang auf 40,1 Prozent, am 18. Juni waren es 42,5 Prozent, obschon die Grünen seit 1984 einen Stimmenanteil von 7,4 Prozent erzielten, zwei Prozentpunkte mehr als bei der Wahl 1984.

Das Ausmaß der Niederlage der Union wurde an der Entwicklung in den Kreistagen, den bisherigen CDU-Domänen, deutlich: Vor zehn Jahren, 1979, stellte sie in den 24 Kreistagen noch 511 von 1.008 Mandaten, vor fünf Jahren noch 499, seit dem 18. Juni sind es gerade noch 395 - 14 weniger als die SPD, die jetzt 416 Mandate einnimmt und damit erstmals die CDU auch nach Mandaten deutlich überrundete. In den zwölf kreisfreien Städten hat die CDU ähnliche Mandatsverluste: 1979 zählte die Union noch 251 Ratsmitglieder, vor fünf Jahren waren es noch 240, seit dem 18. Juni sind es noch ganze 196.

Die SPD ist mit dem Ergebnis - abgesehen von den lokalen Erfolgen der Rechtsextremisten - hoch zufrieden, aber keineswegs euphorisch. Sie weiß, daß sie aktiv und motiviert bleiben muß. Da die Erfolge der SPD besonders in jenen ländlichen Gebieten überdurchschnittlich waren, wo die Zahl der SPD-Mitglieder sich erhöhte - insbesondere in der Eifel und an der Mosel - wollen Landesverband und Bezirke daran gehen, überall dort neue Ortsvereine zu gründen, wo die Wählerschaft der SPD am 18. Juni durch ihre Stimmabgabe Signale gegeben hat. Rudolf Scharping will mit seinem Team noch vor der nächsten Landtagswahl die CDU auch bei der Zahl der Mitglieder überholen und damit weitere günstige Voraussetzungen für die Wahl im Frühjahr 1991 schaffen. Noch in diesem Monat rechnet die SPD mit 73.000 Mitgliedern, die CDU, die einmal fast 80.000 Mitglieder zählte, ist auf dem Wege unter 75.000!

(-/23.6.1989/vo-he/rs)

Viele Bauern sehen keine Zukunft mehr

Zu den Folgen des EG-Flächenstilllegungsprogramms für deutsche Landwirte

Von Rudolf Müller MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Mit ganzer Kraft hat sich Minister Kiechle für die flankierenden Maßnahmen zum Stabilisatorenkonzept eingesetzt. Dabei ging es vor allem um das Flächenstilllegungsprogramm und die davon erhoffte Eindämmung der Getreideproduktion. Größtes Sorgenkind ist der Weizen. Die Bilanz dieser Bemühungen ist leider negativ.

Die vom EG-Agrarrat beschlossenen Flächenstilllegungen werden von den übrigen EG-Mitgliedstaaten nur halbherzig angewendet. Noch nicht einmal die aus dem technischen Fortschritt herrührende Produktionssteigerung wird durch diese Maßnahme aufgefangen. Spürbare Marktentlastungen treten daher nicht ein. Von den rund 400.000 Hektar stillgelegte Fläche stammt der Löwenanteil, nämlich 170.000 Hektar, aus der Bundesrepublik.

Wegen der Überschreitung der Garantiemenge von 160 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1988/89 wurden die Interventionspreise und die Richtpreise in Anwendung des Stabilisatorenkonzepts für das laufende Wirtschaftsjahr um drei Prozent gesenkt. Die Mitverantwortungsabgabe gegenüber 1988/89, die als Basis- und Zusatzmitverantwortungsabgabe jeweils drei Prozent des Interventionspreises für Brotweichweizen beträgt, wurde beibehalten.

Die Auswirkungen für die deutschen Marktfruchtbetriebe sind katastrophal. Selbst an sich gut strukturierte Betriebe kommen in Schwierigkeiten. Viele bäuerliche Betriebe sehen keine Zukunftsperspektive mehr. Dies wird bei anhaltender Wirkung negative Auswirkungen auf die Jugend im ländlichen Raum haben.

Die Bilanz der von Minister Kiechle forcierten Politik ist in einem weiteren Punkt negativ. Die Flächenstilllegung hat nicht nur nicht zur Marktentlastung geführt, sondern EG-weit wurde trotz dieses Programms die Getreideanbaufläche, insbesondere beim Weizen, um rund 235 Hektar oder ein Prozent ausgedehnt. Das bedeutet, daß die Bundesrepublik als europäischer Musterknabe Anstrengungen zur Reduzierung der Getreideflächen unternimmt, während die übrigen EG-Nationen die dadurch freiwerdenden Marktanteile durch Ausweitung ihrer Anbauflächen in Anspruch nehmen.

Unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts, den die EG-Kommission bei Getreide mit einer jährlichen Wachstumsrate für die kommenden Jahre mit zwei bis 2,5 Prozent prognostiziert, muß man kein Prophet sein, wenn man von einer neuerlichen Überschreitung der EG-Garantiemenge von 160 Millionen Tonnen ausgeht. Die Folge ist eine weitere automatische Preissenkung um drei Prozent. Darüber hinaus wird in einer solchen Situation die Mitverantwortungsabgabe sicherlich nicht abgebaut.

Das bedeutet, unsere Landwirte werden doppelt bestraft. Durch die Flächenstilllegung verringern sie die Getreideerzeugung, verlieren dadurch Marktanteile und müssen wegen der Mehrproduktion der anderen EG-Mitglieder auch noch Mitverantwortungsabgabe zahlen. (-/23.6.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

REZENSIONMeinungsbildner der Republik: Die Bundespräsidenten

Zu einem Lese- und Bilderbuch über die ersten Männer im Staat

Friedhelm Franken (Hrsg.): „Repräsentanten der Republik. Die deutschen Bundespräsidenten in Reden und Zeitbildern“, Verlag Norman Rentrop 1989, 314 S., DM 68,00.

Im Jubiläumsjahr zum 40. Geburtstag der Bundesrepublik wird man auf ein Buch über unsere Präsidenten nicht verzichten müssen; der von Friedhelm Franken, freier Journalist in Bonn, vorgelegte Band ragt allerdings aus der mitunter selbstgefälligen Geburtstagspublizistik heraus. Der insgesamt positive Gesamteindruck läßt sich sowohl mit seiner repräsentativen Auswahl der Präsidentenreden als auch mit einer beeindruckenden Bildzusammenstellung begründen, die sich nicht nur mit bekannten Präsidentenporträts begnügt.

In einem knappen, einführenden Vorwort stellt der Herausgeber Aufgaben und Möglichkeiten des höchsten Amtes im bundesrepublikanischen Verfassungsgefüge vor und sieht in den Reden und öffentlichen Ansprachen eines jeden Bundespräsidenten dessen wirkungsvollstes Instrument: „Eine Klaviatur, deren Spiel Virtuosität, ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und zurückhaltende Selbstbeschränkung verlangt.“ Wie erfolgreich oder dissonant diese Aufgabe von den bisher sechs Präsidenten der Bundesrepublik wahrgenommen wurde, läßt sich bei der Lektüre aufschlußreich verfolgen. In der Tat sind, wie es im Vorwort heißt, „viele Präsidentenreden ein Teil des Prinzips Hoffnung. Spannend nachzulesen in diesem Buch.“

Theodor Heuss, der wie kaum ein anderer Präsident dieses Amt durch seine Persönlichkeit prägte und bis heute gültige Maßstäbe setzte, wird mit neun Reden beziehungsweise Ansprachen vorgestellt. Zwischen der Antrittsrede 1949 (mit dem denkwürdigen Satz: „Von der Ellenbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt“) und der zehn Jahre später gehaltenen Abschiedsrede („Demokratie ist Herrschaft auf Zeit“) finden sich so bedeutsame Ansprachen wie seine Rede („Mut zur Liebe“) vor der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit im Dezember 1949 und seine Ansprache im Juli 1954 zur Erinnerung an den 20. Juli 1944 („Um des deutschen Namens willen“), Reden, die Heuss selbst als seine wichtigsten erachtete.

In seiner einprägsamen Sprache, ohne dabei in pastoralen Ton zu verfallen, brachte Heuss, ein Meister dialogischer Formulierungskunst, immer wieder die Zwiespältigkeit menschlichen Denkens und Handelns zum Ausdruck. Nicht mit dem moralischen Zeigefinger und nie rechthaberisch setzte er sich mit den Argumenten und Gegenargumenten abwägend auseinander und wirkte auf die öffentliche Meinung stilbildend. Ein unvergessenes Beispiel war die Auseinandersetzung über die „Kollektivschuld“ der Deutschen, bei der Heuss mit dem Begriff der „Kollektivscham“ einen richtungsweisenden Akzent setzte.

Nachfolger Heinrich Lübke spiegelte mit seiner hölzernen, ernsten Art recht authentisch Zeitgeist wider, vermittelte seine Reden und Auftritte insgesamt eher ein patriarchalisch-obrigkeitsstaatliches Verständnis von Politik. Die acht ausgewählten Reden belegen sein Bemühen, in einer Zeit des geistigen und politischen Umbruchs (Kanzler-, Koalitions- und Regierungswechsel; APO-Aufbegehren) konsensfähige Orientierungen anzubieten. Mit seinem gouvernementalen Rollenverständnis verkörperte Lübke zwar die politische Kultur jener Zeit, stieß aber auf deutliche Ablehnung bei Intellektuellen und innovationsfreudigen Gruppen der Gesellschaft.

Anders als sein Vorgänger zeigte Gustav Heinemann öffentlich Flagge im Streit um die grundsätzliche politische Richtung. Die abgedruckten neun Reden Heinemanns halten die Erinnerung wach, wie er gegen Untertanengeist zu Felde zog und für staatsbürgerliches Selbstbewußtsein eintrat, sich an die Protestgeneration wandte und sich um Randgruppen und Unterprivilegierte kümmerte. In der ihm eigenen spröden, kantigen Art blieb Heinemann zwar Volkstümlichkeit fremd,

gleichwohl erwarb er sich, nicht zuletzt wegen der Verwurzelung in christlicher Ethik, in der Bevölkerung hohen Respekt und Anerkennung. Seine bleibende Wirkung dürfte Heinemann mit seinem Anliegen erzielt haben, das Geschichtsbild der Bundesrepublik mitzuprägen („Bismarck - Einheit ohne Freiheit“) und ihre demokratische Identität mitzudefinieren.

Als „rheinische Frohnatur“ galt Nachfolger Walter Scheel. Liest man die sechs in diesem Band ausgewählten Reden, drängt sich dagegen ein anderer Eindruck auf. Selbstbewußt und stolz verwies Scheel auf die Leistungen der Nachkriegsdemokratie, unterließ es aber nie, an die dunklen Seiten unserer Geschichte zu erinnern. Die Reden („Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Sind wir klüger geworden?“) zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges oder auch zum 100jährigen Bestehen der Bayreuther Festspiele („Vom Mythos der Geschichte“) bleiben bis heute aufschlußreiche Texte.

Wie sehr Karl Carstens ein Bundespräsident der „Wende“ war, illustrieren seine Reden und Ansprachen, von denen fünf Eingang in diesen Band gefunden haben. In seiner wertkonservativen Einstellung galt sein Amtsinteresse vor allem den Institutionen in Staat und Gesellschaft, erinnerte er bei zahlreichen Gelegenheiten an altbürgerliche Tugenden wie Fleiß und Pflichtbewußtsein. Ein besonderer Schwerpunkt seiner öffentlichen Sorge richtete sich auf die Pflege der nationalen Identität, wovon die Reden zu Goethes 150. Todestag („Ein Kulturdeutscher, kein Reichsdeutscher“) und beim Festakt zur 150. Wiederkehr des Hambacher Festes („Vom ersten wahrhaften Nationalfest der Deutschen“) zeugen. Seine Reden drückten in deutlichen Formulierungen einen konservativen Zeitgeist aus; von einer Sternstunde der öffentlichen Rede während Carstens' Amtszeit wird wohl in den Geschichtsbüchern der Republik kein Beleg zu finden sein.

Aus der ersten Amtsperiode des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker sind fünf Reden in den Band aufgenommen, die allesamt als exzellente Essays zu beeindrucken vermögen. Einige seiner öffentlichen Ansprachen, formuliert in einer nüchternen Sprache ohne Floskeln, sind schon jetzt zu bedeutenden zeitgenössischen Texten avanciert, die über den konkreten Anlaß hinaus politische Wirkungen auslösten. Seine Ansprache zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985 („Der Vergangenheit ins Auge sehen“) wird sicher als eine der wichtigsten politischen Standortbestimmungen zu gelten haben, die je ein Bundespräsident vorgenommen hat. Richard von Weizsäcker versucht, so schrieb kürzlich sein Pressesprecher Friedbert Pflüger, „zur Klärung, Wegweisung und Identitätsfindung beizutragen.“ In diesem Sinne geht es dem wohl populärsten Bundespräsidenten seit Heuss immer wieder um „die langfristigen Weichenstellungen, die Orientierungshilfe vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen und um die Wahrung der Gemeinsamkeit in der Hektik des tagespolitischen Streits“. Davon zeugt nicht zuletzt auch Weizäckers Ansprache zum 75. Geburtstag von Willy Brandt im Januar 1989 („Fremdling unter den Mächtigen“), die zu einigen Unmutsäußerungen in Unionskreisen führte und zeigt, daß Weizäckers konsensuelles Bemühen nicht überall Beifall findet.

Der Herausgeber und seine Mitarbeiter haben durch ihre Auswahl von Präsidentenreden eindrucksvoll deutlich machen können, wie alle Bundespräsidenten als mehr oder weniger profilierte Notare des bundesdeutschen Zeitgeistes und Konsenses ihr Amt zu führen verstanden. Auch wenn nicht alle Reden der sechs Bundespräsidenten Spuren in unserer Geschichte hinterlassen, so behalten sie doch ihren Wert als repräsentative Aussagen zu zeitgenössischen Problemdiagnosen und integrativen Bemühungen.

Dr. Karsten Schröder

(-/23.6.1989/vo-he/rs)

\* \* \*